

Anträge des Regierungsrates und der Kommission

RRB Nr. 1096

2018_01_ERZ_Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG)_4820.301.210.1/18

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I		Antrag Regierungsrat II
		Mehrheit	Minderheit	
	Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerG)			
	<i>Der Grosse Rat des Kantons Bern, auf Antrag des Regierungsrates, beschliesst:</i>			
	I.			
	Der Erlass 435.11 Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung vom 14.06.2005 (BerG) (Stand 01.01.2017) wird wie folgt geändert:			
	Art. 38a (neu) Berufsvorbereitende Schuljahre ¹ Die Kosten für die Gehälter, Zulagen, Vergünstigungen und Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen der Lehrkräfte der berufsvorbereitenden Schuljahre werden von Kanton und Gemeinden nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 27. November 2000 über	<i>Geltendes Recht</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I		Antrag Regierungsrat II
		Mehrheit	Minderheit	
	den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) ¹⁾ getragen.			
<p>Art. 44 Weitere Bildungsbestrebungen</p> <p>¹ Der Kanton kann weitere Bildungsbestrebungen wie Pilotprojekte, Lehrstellenförderung, Massnahmen zur Bildungs- und Qualitätsentwicklung und die Information und Dokumentation mit Beiträgen unterstützen.</p>	<p>Art. 44 Abs. 1 (geändert)</p> <p>¹ Der Kanton kann weitere Bildungsbestrebungen wie Pilotprojekte, Lehrstellenförderung, Massnahmen zur Bildungs- und Qualitätsentwicklung und insbesondere die Information und Dokumentation <u>folgenden weiteren Bildungsbestrebungen</u> mit Beiträgen unterstützen:</p> <p>a (neu) Pilotprojekte,</p> <p>b (neu) Lehrstellenförderung,</p> <p>c (neu) Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung, zur Förderung von Berufstalenten sowie zur Bildungs- und Qualitätsentwicklung,</p> <p>d (neu) Information und Dokumentation.</p>			

¹⁾ BSG [631.1](#)

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I		Antrag Regierungsrat II
		Mehrheit	Minderheit	
	II.			
	1. Der Erlass 430.250 Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte vom 20.01.1993 (LAG) (Stand 01.08.2017) wird wie folgt geändert:			
<p>Art. 24 Kanton und Gemeinde 1. Lastenausgleich</p> <p>¹ Die Gehälter, Zulagen, Vergünstigungen und Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen, die auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes in der Volksschule und im ersten Jahr des gymnasialen Bildungsgangs anfallen, einschliesslich der Kosten für die zentrale Auszahlung der Gehälter durch den Kanton, werden im Rahmen eines Lastenausgleichssystems nach dem Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich zwischen dem Kanton und den Gemeinden aufgeteilt.</p>	<p>Art. 24 Abs. 1 (geändert) Kanton und Gemeinde 1. Lastenausgleich_ <u>Volksschule</u> (Überschrift geändert)</p> <p>¹ Die Gehälter, Zulagen, Vergünstigungen und Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen, die auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes in der Volksschule und im ersten Jahr des gymnasialen Bildungsgangs anfallen, einschliesslich der Kosten für die zentrale Auszahlung der Gehälter durch den Kanton, werden im Rahmen eines Lastenausgleichssystems nach dem Gesetz vom 27. November 2000 über den Finanz- und Lastenausgleich (<u>FILAG</u>)¹⁾ zwischen dem Kanton und den Gemeinden aufgeteilt.</p>	<i>Geltendes Recht</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>

¹⁾ BSG [631.1](#)

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I		Antrag Regierungsrat II
		Mehrheit	Minderheit	
	<p>Art. 24a1 (neu) 2. Lastenausgleich berufsvorbereitende Schuljahre</p> <p>¹ Die Gehälter, Zulagen, Vergünstigungen und Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen, die auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes in den berufsvorbereitenden Schuljahren anfallen, werden im Rahmen eines Lastenausgleichssystems nach dem FILAG zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt.</p>	<i>Geltendes Recht</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>
<p>Art. 24b Kanton</p> <p>¹ Die Gehälter, Zulagen und Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen der Lehrkräfte an kantonalen Schulen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe werden nach Abzug allfälliger Bundesbeiträge durch den Kanton finanziert.</p> <p>² Für private, beitragsberechtigte allgemein bildende Schulen der Sekundarstufe II und für private, beitragsberechtigte Schulen der Tertiärstufe gelten die Bestimmungen der besonderen Gesetzgebung.</p>	<p>Art. 24b Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (aufgehoben)</p> <p>¹ Die Gehälter, Zulagen-<u> Vergünstigungen</u> und Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen der <u>Lehrkräfte an kantonalen, die auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes in den Schulen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe anfallen, werden nach Abzug allfälliger Bundesbeiträge unter Vorbehalt von Artikel 24a1 Absatz 1 durch den</u> Kanton finanziert.</p> <p>² Aufgehoben.</p>	<i>Geltendes Recht</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I		Antrag Regierungsrat II
		Mehrheit	Minderheit	
<p>³ Bei nicht kantonalen Schulen und Institutionen der Sekundarstufe II gemäss der Gesetzgebung über die Berufsbildung und die Berufsberatung werden die Gehälter, Zulagen und Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen der Lehrkräfte nach Abzug der Bundesbeiträge, der Eigenleistungen und weiterer Erträge durch den Kanton finanziert.</p>	<p>³ Aufgehoben.</p>			
	<p>2. Der Erlass 631.1 Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich vom 27.11.2000 (FILAG) (Stand 01.08.2017) wird wie folgt geändert:</p>			
<p>Art. 24f 6 Asylsuchende Kinder</p> <p>¹ Für asylsuchende Kinder trägt der Kanton den Gehaltskostenbeitrag nach Artikel 24b Absatz 2.</p>	<p>Art. 24f Abs. 1 (geändert) 6 Asylsuchende <u>und vorläufig aufgenommene</u> Kinder (Überschrift geändert)</p> <p>¹ Für asylsuchende <u>und vorläufig aufgenommene</u> Kinder (<u>Ausweis N oder E</u>) trägt der Kanton den Gehaltskostenbeitrag nach<u>gemäss</u> Artikel 24b Absatz 2.</p>	<p><i>Geltendes Recht</i></p>	<p><i>Antrag Regierungsrat I</i></p>	<p><i>Antrag Regierungsrat I</i></p>

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I		Antrag Regierungsrat II
		Mehrheit	Minderheit	
	<p>Art. 24g (neu) Lehrergehälter berufsvorbereitende Schuljahre</p> <p>¹ Die für den Lastenausgleich massgebenden Aufwendungen gemäss Artikel 24a1 Absatz 1 LAG werden zu 70 Prozent vom Kanton und zu 30 Prozent durch die Gesamtheit der Gemeinden finanziert. Sie werden pro Schuljahr erhoben und abgerechnet.</p> <p>² Massgebend für die Bestimmung der Gemeindeanteile sind</p> <p>a die Wohnbevölkerung, soweit der die Gesamtheit der Gemeinden betreffende Anteil der Aufwendungen den asylsuchenden oder vorläufig aufgenommenen Lernenden (Ausweis N oder F) an berufsvorbereitenden Schuljahren zugerechnet werden kann,</p> <p>b die Anzahl der Lernenden mit Wohnsitz in der Gemeinde, soweit der die Gesamtheit der Gemeinden betreffende Anteil der Aufwendungen den übrigen Lernenden an berufsvorbereitenden Schuljahren zugerechnet werden kann.</p> <p>³ Die Gemeindeanteile werden nach der im Anhang 1 wiedergegebenen Formel F1 berechnet.</p>	<i>Geltendes Recht</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I		Antrag Regierungsrat II
		Mehrheit	Minderheit	
	<p>Titel nach Art. T3-1 (neu) <i>T4 Übergangsbestimmung der Änderung vom ■■■■</i></p>	<i>Geltendes Recht</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>
	<p>Art. T4-1 (neu)</p> <p>¹ Die Erhebung der Aufwendungen des Lastenausgleichs Lehrergehälter berufsvorbereitende Schuljahre gemäss Artikel 24g sowie die Abrechnung erfolgen erstmals für die Periode vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Juli 2020.</p> <p>² Für den Vollzug massgebend sind</p> <p>a die Aufwendungen vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Juli 2020,</p> <p>b die Wohnbevölkerung des Jahres 2019,</p> <p>c die Anzahl Lernender aufgrund der Statistik der Lernenden mit Stichtag 15. September 2019.</p>	<i>Geltendes Recht</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>
	Anhänge			
1 Anhang 1	1 Anhang 1 (geändert)	<i>Geltendes Recht</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I		Antrag Regierungsrat II
		Mehrheit	Minderheit	
	<p>3. Der Erlass 836.11 Arbeitsmarktgesetz vom 23.06.2003 (AMG) (Stand 01.01.2017) wird wie folgt geändert:</p>			
<p>Art. 22 Grundsätze</p> <p>² Die Leistungen im Sinne von Absatz 1 werden gewährt</p> <p>e für Pilotprojekte, die dazu dienen, die interinstitutionelle Zusammenarbeit gemäss Bundesvorschriften zu fördern.</p>	<p>Art. 22 Abs. 2</p> <p>² Die Leistungen im Sinne von Absatz 1 werden gewährt</p> <p>e (geändert) für Pilotprojekte, die dazu dienen, die interinstitutionelle Zusammenarbeit gemäss <u>nach den</u> Bundesvorschriften zu fördern₁.</p> <p>f (neu) für die Schweizer Berufsmeisterschaften.</p>			
	III.			
	<i>Keine Aufhebungen.</i>			

Geltendes Recht	Antrag Regierungsrat I	Antrag Kommission I		Antrag Regierungsrat II
		Mehrheit	Minderheit	
	IV.			
	<p>Diese Änderung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.</p> <p>Dem Grossen Rat wird beantragt, nur eine Lesung durchzuführen.</p>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>	<i>Antrag ablehnen</i>	<i>Antrag Regierungsrat I</i>
	<p>Bern, 19. September 2018</p> <p>Im Namen des Regierungsrates Der Präsident: Neuhaus Der Staatsschreiber: Auer</p>	<p>Bern, 18. Oktober 2018</p> <p>Im Namen der Kommission Die Vizepräsidentin: Stucki</p>		<p>Bern, 24. Oktober 2018</p> <p>Im Namen des Regierungsrates Der Präsident: Neuhaus Der Staatsschreiber: Auer</p>

Anhang 1(Stand ~~01.01.2012~~ 01.01.2020)

Hinweis: Die markierten Änderungen (Absch. F und F1) entsprechen dem Antrag der Kommissionsminderheit und des Regierungsrates.
Diese Änderungen sind hinfällig, wenn der Antrag der Kommissionsmehrheit angenommen wird.

A Disparitätenabbau (Art. 10)

$$DA = \frac{(100 - HEI) \times DAP \times mhEpK \times WB}{100}$$

<i>DA</i>	=	<i>Disparitätenabbau in Franken</i>
<i>HEI</i>	=	<i>Harmonisierter Steuerertragsindex</i>
<i>DAP</i>	=	<i>Disparitätenabbau in Prozent</i>
<i>mhEpK</i>	=	<i>Mittlerer harmonisierter Steuerertrag pro Kopf</i>
<i>WB</i>	=	<i>Wohnbevölkerung</i>

B Mindestausstattung (Art. 11)

$$MA = [(mhEpK \times MAP) - (hEpK + DApK)] \times WB$$

<i>MA</i>	=	<i>Mindestausstattung in Franken</i>
<i>mhEpK</i>	=	<i>Mittlerer harmonisierter Steuerertrag pro Kopf</i>
<i>MAP</i>	=	<i>Mindestausstattung in Prozent</i>
<i>hEpK</i>	=	<i>Harmonisierter Steuerertrag pro Kopf</i>
<i>DApK</i>	=	<i>Disparitätenabbau in Franken pro Kopf</i>
<i>WB</i>	=	<i>Wohnbevölkerung</i>

C Pauschale Abgeltung der Zentrumslasten Gemeinde Bern (Art. 16) ...***D Pauschale Abgeltung der Zentrumslasten Gemeinde Biel (Art. 16) ...*****E Pauschale Abgeltung der Zentrumslasten Gemeinde Thun (Art. 16) ...***

F Lastenausgleich Lehrergehälter Volksschule (Art. 24)

$$GA = \frac{GSGn}{GVZSt} \times VZSt$$

- GA = Gemeindeanteil pro Schulstufe in Franken
 GSGn = Gesamtsumme der Aufwendungen gemäss Artikel 24 Absatz 1
 GVZSt = Anzahl Vollzeitstellen aller Gemeinden
 VZSt = Anzahl Vollzeitstellen der Gemeinde

F1 Lastenausgleich Lehrergehälter berufsvorbereitende Schuljahre (Art. 24g)

$$GA = \frac{GSGn \times \frac{GScha}{GSch} \times \frac{WBG}{WBGn}}{+ \frac{GSGn \times (Sch - Scha)}{GSch}}$$

- GA = Gemeindeanteil in Franken
GSGn = Gesamtsumme aller Gemeinden gemäss Artikel 24g
GSch = Anzahl aller Lernenden an berufsvorbereitenden Schuljahren
GScha = Anzahl aller asylsuchenden oder vorläufig aufgenommenen Lernenden (Ausweis N oder F) an berufsvorbereitenden Schuljahren
WBGn = Wohnbevölkerung aller Gemeinden
WBG = Wohnbevölkerung der Gemeinde
Sch = Anzahl Lernende der Gemeinde an berufsvorbereitenden Schuljahren
Scha = Anzahl asylsuchender oder vorläufig aufgenommener Lernender (Ausweis N oder F) der Gemeinde an berufsvorbereitenden Schuljahren

G Lastenausgleich Sozialhilfe (Art. 25)

$$GA = \frac{GSGn}{WBGn} \times WBG$$

- GA = *Gemeindeanteil in Franken*
 GSGn = *Gesamtsumme aller Gemeinden gemäss Artikel 25*
 WBGn = *Wohnbevölkerung aller Gemeinden*
 WBG = *Wohnbevölkerung der Gemeinde*

H Lastenausgleich Sozialversicherung AHV (Art. 26) ...***I Lastenausgleich Sozialversicherung IV (Art. 27) ...*****K Lastenausgleich Sozialversicherung EL (Art. 28)**

$$GA = \frac{GSGn}{WBGn} \times WBG$$

- GA = *Gemeindeanteil in Franken*
 GSGn = *Gesamtsumme aller Gemeinden gemäss Artikel 28*
 WBGn = *Wohnbevölkerung aller Gemeinden*
 WBG = *Wohnbevölkerung der Gemeinde*

L Lastenausgleich öffentlicher Verkehr (Art. 29)

$$GA = \left(\frac{GSGn \times 0.67}{VAGn} \times VAG \right) + \left(\frac{GSGn \times 0.33}{WBGn} \times WBG \right)$$

- GA = *Gemeindeanteil in Franken*
 GSGn = *Gesamtsumme aller Gemeinden gemäss Artikel 29*
 VAGn = *Verkehrsangebot aller Gemeinden*
 VAG = *Verkehrsangebot der Gemeinde*
 WBGn = *Wohnbevölkerung aller Gemeinden*
 WBG = *Wohnbevölkerung der Gemeinde*

M Lastenausgleich Familienzulagen (Art. 29a)

$$GA = \frac{GSGn}{WBGn} \times WBG$$

- GA = *Gemeindeanteil in Franken*
 GSGn = *Gesamtsumme aller Gemeinden gemäss Artikel 29a*
 WBGn = *Wohnbevölkerung aller Gemeinden*
 WBG = *Wohnbevölkerung der Gemeinde*

N Lastenausgleich neue Aufgabenteilung (Art. 29b)

Saldo zu Gunsten des Kantons

$$GA = \frac{GSzGKn}{WBGn} \times WBG$$

- GA = *Gemeindeanteil in Franken*
 GSzGKn = *Gesamtsaldo zu Gunsten des Kantons gemäss Artikel 29a*
 WBGn = *Wohnbevölkerung aller Gemeinden*
 WBG = *Wohnbevölkerung der Gemeinde*

Saldo zu Gunsten der Gemeinden

$$ZK = \frac{GSzGGn}{WBGn} \times WBG$$

- ZK = *Zuschuss Kanton in Franken*
 GSzGGn = *Gesamtsaldo zu Gunsten der Gemeinden gemäss Artikel 29a*
 WBGn = *Wohnbevölkerung aller Gemeinden*
 WBG = *Wohnbevölkerung der Gemeinde*